



Jung und Alt, bereit für Streit!

Ein generationsübergreifendes taz Sommercamp ...

Krieg, Klima, Konsum – dies alles sind Krisenthemen, die sich in den Schlagzeilen und in privaten Gesprächen am Küchentisch finden. Kann ein generationsübergreifender Dialog über diese Dinge funktionieren? Fünfundvierzig Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland sind nach Berlin gereist, um vier Tage lang in der taz-Redaktion gemeinsam von einer gerechten Zukunft zu träumen. Das partizipative Projekt taz Sommercamp hat die taz Panter Stiftung ins Leben gerufen.

Die Teilnehmer*innen standen vor der Aufgabe, ihre unterschiedlichsten Perspektiven zu vereinen. Schüler*innen und Auszubildende, Akademiker*innen, Menschen aus Handwerk und Bildungsarbeit, Künstler*innen, Freiberufler*innen, Angestellte und Pensionierte kamen aus Stadt und Land, Ost und West zusammen. Ihre Hintergründe sind so vielfältig wie ihre Ideen. Und, das Spannendste: Von 13 bis 79 Jahren treffen alle Altersgruppen aufeinander. Sie finden Gemeinsamkeiten, wo sie diese am wenigsten vermuten: „Ich habe mich schon gefragt, warum ein 13-Jähriger über Kriegsthemen diskutieren möchte, aber im Gespräch haben wir festgestellt dass wir ähnliche Fragen haben und sogar biografische Überschneidungen finden.“ Konny Gellenbeck, Vorstand der taz Panter Stiftung, sagt: „Genau deswegen gibt es dieses Projekt: damit wir miteinander ins Gespräch kommen.“

Finden die Teilnehmer*innen eine gemeinsame Sprache für Jung und Alt? Können die Lebenserfahrung der Älteren und die Ängste und Ansprüche der Jugend in vier Tagen Kompromisse eingehen? Funktioniert ein Dialog der Generationen bei Fragen, bei denen es ums große Ganze geht? Alle auf dem taz Sommercamp spürten die Dringlichkeit zu Handeln und endlich damit anzufangen, die Welt zu verändern. Die Auswirkungen der Klimakrise sind überall erfahrbar, Existenzsorgen breiten sich angesichts steigender Inflationsraten aus. Und auf den Überfall der Ukraine reagiert Deutschland mit Aufrüstung und der Rückkehr zu längst überwunden geglaubten Energiequellen.

Es gab also viel zu besprechen. Referent*innen von Abolish Frontex, der Agora Energiewende, dem Bündnis „Alle Dörfer bleiben“, Circular Berlin, dem Konzeptwerk neue Ökonomie sowie die Historikerin Hedwig Richter unterstützten bei der Suche nach Antworten auf die Frage: Wie soll eine bessere Zukunft aussehen? Ihre eigenen Ideen diskutierten die Teilnehmer*innen in Interviews mit Politiker*innen der Ampelkoalition: Tessa Ganserer von den Grünen, Susanne Mittag, Takis Mehmet Ali und Michael Müller von der SPD sowie Martin Gassner-Herz von der FDP. „Das Gespräch mit den Politiker*innen hat mir Hoffnung gegeben. Sie haben gezeigt, dass sie eigentlich wissen was zu tun ist“, so bewertete eine Teilnehmerin die Gespräche im Anschluss.

Doch nur die Hoffnung reicht den Teilnehmer*innen nicht aus. Deswegen haben sie ihre Ideen zu zwölf konkreten Forderungen zusammengetragen.

Ehmi Bleßmann, Luisa Faust, Tigran Petrosyan,
Céline Weimar-Dittmar

**1. Die bedingungslose Aufnahme
aller Geflüchteten an den
EU-Außengrenzen**

2. Kein Profit durch Krieg

**3. Eine verantwortungsvolle europäische
Friedenspolitik**

**4. Einen bewussteren Umgang mit Social
Media in der Kriegsberichterstattung**

**5. Eine klimaneutrale und
dezentrale Energiewende**

**6. Die Versprechen zur
Klimagerechtigkeit einzuhalten**

**7. Mehr Zukunft
wagen**

**8. Das Verbot von
klimaschädlichem Lobbyismus**

**9. Qualitätslebensmittel als
Menschenrecht zu gewährleisten**

**10. Luxus radikal
besteuern**

**11. Nachhaltige digitale
Produktentwicklung**

**12. Zwanzig Prozent der Werbung muss
nachhaltige Angebote abbilden**

1 ...weil Migration ein Menschenrecht ist

ines ist klar: Geflüchtete sind schutzbedürftige Menschen. Ein respektvoller Umgang sollte selbstverständlich sein. Jedoch verletzt die EU an ihren eigenen Grenzen die Menschenrechte und verursacht durch grausame *Pushbacks* jährlich viele Tote. In den Jahren von 2014 bis 2019 wurden 18.892 tote Menschen im Mittelmeer gezählt.

Organisationen wie Amnesty International dokumentieren seit Jahren illegale *Pushbacks* entlang der EU-Grenzen und Fluchtrouten. So arbeitet Frontex nachweislich mit der libyschen Küstenwache zusammen, um Boote aufzuspüren, und wieder nach Libyen zurückzuführen – ein Land, welches aufgrund von Verfolgung und Folter nicht sicher ist. Frontex selbst betreibt keine ausreichenden Bemühungen, jene Fälle aufzuklären. Die Organisation arbeitet auch mit kroatischen Behör-

den zusammen, die oftmals gewaltsam für eine Abschiebung der Geflüchteten an der bosnisch-kroatischen Grenze sorgen. Die EU verstößt also durch Frontex gegen die UN-Grundrechtecharta, in der das Recht auf Asyl garantiert wird.

Zudem steht die EU in der Verantwortung, alle Menschen zu schützen – unabhängig von ihrer Herkunft. Das momentane Vorgehen von Frontex zeigt hierbei nicht nur, dass die EU ihrer Aufgabe nicht nachkommt, sondern dass sie durch Finanzierung in Millionenhöhe eine maßgebliche Mitschuld an dem Leid der Schutzsuchenden trägt. Frontex geht in ihrer Funktion dem Job einer Küstenwache nach, indem sie die Grenzen kontrollieren. Sie sind also nicht bemüht, Fliehenden zu helfen und sie in Sicherheit zu bringen. Das Geld, welches auch in Aufnahmeeinrichtungen investiert werden könnte, wird

stattdessen für Autos, Schiffe, Ausrüstungen und Drohnen ausgegeben.

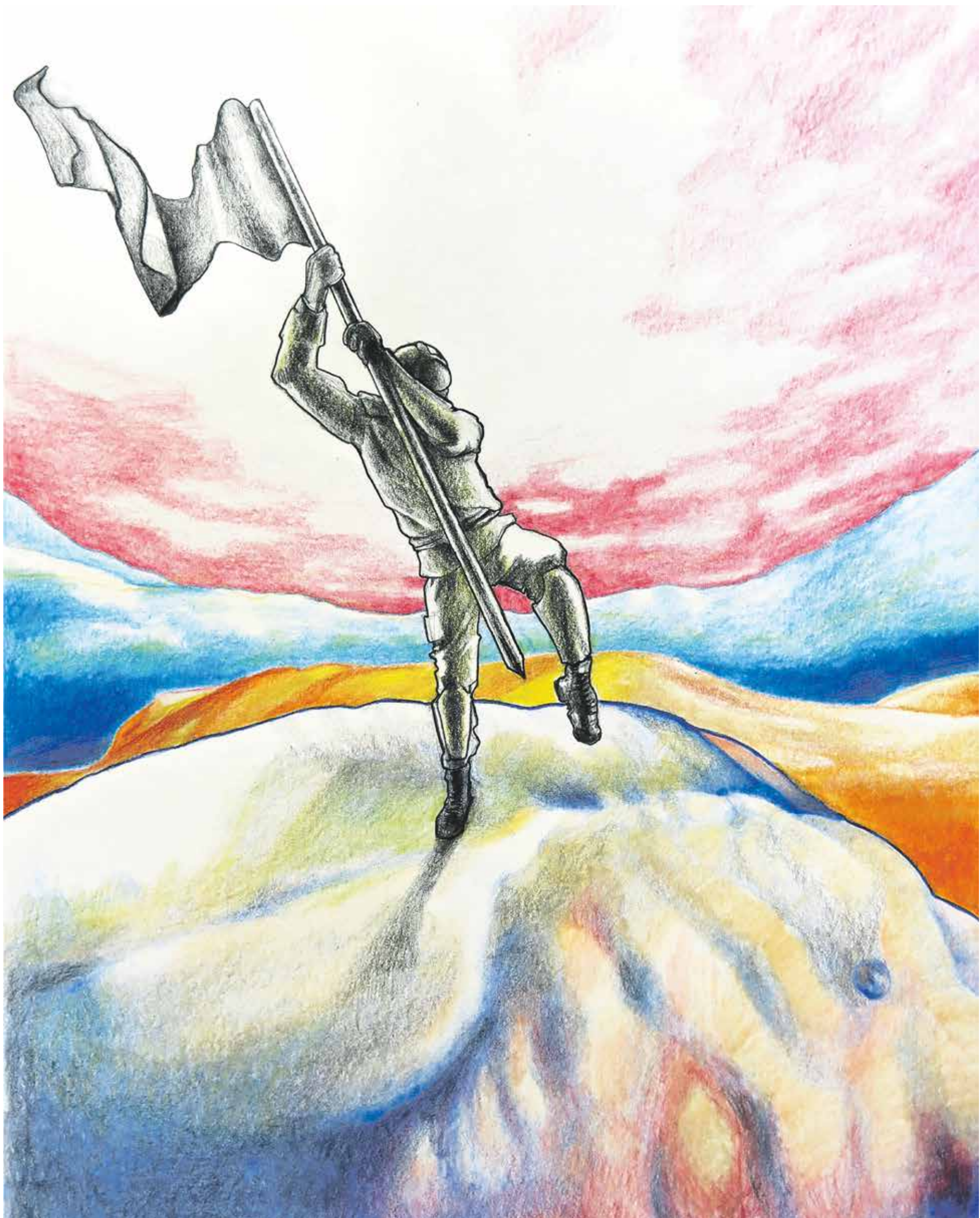
Neben einer bedingungslosen Aufnahme aller Menschen, die in die EU einwandern wollen, fordern wir eine konsequente Strafverfolgung und Aufklärung illegaler Maßnahmen, die nach wie vor von den Außenschutzkräften der EU durchgeführt werden. Das Wegschauen kann nicht weitergehen.

Es entsteht der Eindruck, Geflüchtete werden von unseren Politiker:innen als Menschen zweiter Klasse gesehen und ihr Wert wird anhand ihrer Qualifikationen gemessen. Asyl ist keine Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern eine der Menschlichkeit.

Wir unterstützen die Hilfe für Ukrainer:innen, kritisieren aber die Behandlung nicht-weißer Personen, die auch aus der Ukraine kommen. Aussagen bezüglich geografischer und kultureller Nähe ig-

norieren hierbei das Problem von Rassismus und Vorurteilen. Besonders schlimm wird dieser Rassismus dann, wenn nicht-weiße Ukrainer:innen, die auch vor den russischen Angriffskräften fliehen, zurückgeschickt werden. Wir fragen uns: Wieso sind wir heute so hilfsbereit? Vor sieben Jahren haben wir von einer Krise gesprochen. Sind wir uns sicher, dass Hautfarbe, Herkunft und Religion bei der Aufnahme von Geflüchteten keine Rolle spielen?

Die EU finanziert, das Schutzbedürftige von den Grenzen verdrängt werden. Wir brauchen aber eine staatlich geförderte Hilfe, die vor den Gefahren auf der Flucht schützt. Eine Luftbrücke über die mangelnde Seenotrettung hinaus aufzubauen, ist unabdingbar. Wir sagen: Das Sterben an unseren Grenzen muss ein Ende haben! *Kaia Metzler, Awa Amin Kayrulla, Melis Ntente*



Illustrationen: Donata Kindsperk

2 ...weil bewaffnete Konflikte Menschenleben fordern

Waffen machen Waffengewalt erst möglich. Dass sie nicht von einem Tag auf den anderen verschwinden und Kriege nicht nur durch unsere Stoßgebete aufhören, lässt sich als gegeben hinnehmen. Trotzdem braucht es einen Anfang, einen Anstoß an die politischen Verantwortlichen, um die Wahrscheinlichkeit weiterer Kriegausbrüche und Eskalationen zu minimieren.

Kurzfristig hilft eine Kriegsgewinnabgabe für Zulieferer von Rüstungskonzernen an den Staat. Unternehmen, die bestimmte Komponenten für Waffensysteme im Auftrag der Rüstungskonzerne produzieren, sollen die Gewinne, die sie aus solchen Aufträgen erzielen, gänzlich abgeben. Das heißt, dass sie jeden Betrag, der über die Deckung der Personal- und Produktionskosten hinaus erwirtschaftet wird, abführen müssen. Es darf für Unternehmen keinen Mehrwert bedeuten, Kriegsgeräte zu produzieren, es darf keine Anreize dafür geben, sich an Kriegen zu bereichern. Die abgegebenen Beträge sollten Maßnahmen finanzieren, die eine nachhaltige, zivile Friedenssicherung zum Ziel haben.

Ein Verbot, sich an der Börse zu beteiligen, entzieht den Ansprüchen der Rüstungsunternehmen auf Profitmaximierung die Existenzgrundlage. Militärische Auseinandersetzungen verursachen immer Leid. Menschliches Leben darf kein Spekulationsobjekt sein, von dem Unternehmen und Aktionäre profitieren.

Wir fordern eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Produktion von Kriegsgerät. Rüstungskonzerne müssen marktwirtschaftlichen Dynamiken entzogen werden und stärker der gesellschaftlichen Kontrolle unterliegen. Militärisches Gerät darf nicht wie jede andere Ware behandelt werden. Wir glauben, dass Deutschland Staaten unterstützen kann, die zum Beispiel durch imperialistische oder neokoloniale Angriffe existenziell bedroht werden. Das könnte auch durch militärische Unterstützung gewährleistet werden. Solche

Maßnahmen sind jedoch untrennbar mit Mitteln der nichtmilitärischen Konfliktlösung zu verbinden.

Um die Weiterverbreitung von Waffen und das Aufkommen weiterer Rüstungsspiralen zu unterbinden, muss dann von einer temporären Leihgabe die Rede sein. Dies verschärft bestehende vertragliche Regelungen zum Weiterverkauf von Rüstungsgütern und unterbindet den Weiterverkauf gänzlich.

Sicherlich reicht es nicht aus, die genannten Forderungen ausschließlich auf nationaler Ebene umzusetzen. Es braucht eine globale Kontrolle von Waffenproduktion, um eine schrittweise, weltweite Entmilitarisierung zu gewährleisten. Die Menge der global produzierten Waffen sollte eine übergeordnete, unabhängige Instanz kontrollieren. Dieses kann im Rahmen der UN stattfinden, setzt jedoch mindestens eine demokratisierende Reform des Sicherheitsrates voraus.

Notwendig sind auch stärkere Anreize für Abrüstung. Es darf sich nicht mehr für Staaten lohnen, Kriege als Mittel der eigenen Interessendurchsetzung zu führen. Kriege führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, es darf deshalb kein Szenario für einen Staat und seine Kriegsindustrie geben, in dem ein militärischer Konflikt lukrativer erscheint. Gestärkt werden müssen nichtmilitärische, zivile Ansätze internationaler Konfliktbearbeitung.

Es braucht intensivste Anstrengungen, militärische Konflikte mit allen zur Verfügung stehenden politischen und ökonomischen Maßnahmen zu unterbinden. Es ist klar, dass die hier geforderten Maßnahmen kein Allheilmittel darstellen und an vielen Stellschrauben gedreht werden muss, um Kriege zu verhindern. Stärkere Einschränkungen für die Kriegswirtschaft haben nicht nur zum Ziel, dass auf Kosten von Menschenleben kein Profit gemacht werden darf. Sie haben das Potential zu verhindern, dass wirtschaftliche Interessen Kriege mit beeinflussen.

Wladimir Agafonov, Eva-Maria Antz

3 ...weil wir Verantwortung tragen müssen

In Vielfalt geeint“, der Leitspruch der Europäischen Union, steht mehr denn je auf dem Prüfstand. Der Ukraine, einem demokratischen Land in Europa, droht, infolge eines nun seit einem halben Jahr andauernden völkerrechtswidrigen Angriffskriegs, Verwüstung, Usurpation und die Vernichtung der nationalen Identität und Kultur.

Dagegen können wir uns, als Bürger*innen der Festung Europa, jener Wirtschaftsgemeinschaft, der auf dem halben Weg der Wille und die Kraft zur Transformation in eine Wertegemeinschaft verloren gegangen ist, noch weitgehend in Sicherheit wähen – wenn nicht der „Krieg vor unser Haustür“ auch den Kern unserer europäischen Identität, den Wohlstand, bedrohen würde.

Viele Krisen, seien es Corona, Brexit oder durch Kriege verursachte Migrationsbewegungen, haben im letzten Jahrzehnt den Zusammenhalt – respektive das Zusammenwachsen – der deutschen Gesellschaft und der europäischen Gemeinschaft gleichermaßen erschüttert. Populistische Bewegungen propagieren die Rückkehr zum starken Nationalstaat, der Traum von Europa droht zu zerfallen. Innerhalb von Europa werden wieder Grenzen bewacht oder gar geschlossen. An unseren Außengrenzen lassen wir die uns Schutzbefehlenden, die Schutzfliehenden, eben

jene, für die der Traum von einem friedlichen und sicheren Europa noch als wirkliche Hoffnung existiert, gnadenlos verrecken – trotz unserer historischen Verantwortung.

Pushbacks, Pullbacks, Tote im Mittelmeer, Tote an Zäunen und Mauern: Europa macht dicht, mauert sich ein, schottet sich ab. Tatenlos sehen wir dem Wirken einer von der Europäischen Union finanzierten, durch illegale Praktiken in Verruf geratenen Agentur wie Frontex zu, vernachlässigen unsere Pflicht zur Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte und wenden uns vom Ideal der Rechtsstaatlichkeit ab.

Auch durch Waffenexporte an totalitäre Unrechtsregime und Autokraten negieren wir, zugunsten unseres Wohlstands, unsere demokratischen Grundvorstellungen und verwischen den Leitspruch „von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ zu einem pharisäischen Läuterungsmantra.

Sicherheitspolitik darf nicht länger mit Wirtschaftspolitik – oder Wohlstandspolitik – gleichgesetzt und von ihr überlagert werden. Die deutsche Gesellschaft, der deutsche Staat und die Bundesregierung müssen sich zu den demokratischen und europäischen Grundwerten bekennen und bereit sein, die hieraus erwachsenden Konsequenzen zu tragen.

Nur durch ein geeintes Europa können wir zukünftig in der Lage sein, dieser Verantwortung, insbesondere in Hinblick auf kommende Kriege, Hungersnöte, Folgen des Klimawandels gerecht zu werden. Ein nationales Wettrennen, wie das 100 Milliarden schwere Sondervermögen für die Bundeswehr, kann nicht der richtige Weg sein. Stattdessen braucht es kurzfristig eine Umstrukturierung der dysfunktionalen und an einer historisch überholten Bedrohung ausgerichteten Bundeswehr.

Mittelfristig wird eine verantwortungsvolle europäische Sicherheits- und Friedenspolitik nicht ohne gemeinschaftliche Strukturen und Instrumente möglich sein, was im Umkehrschluss den Verzicht der Einzelstaaten auf militärische und außenpolitische Kompetenzen notwendig macht. Langfristig kann sich das Umdenken in Sicherheitsfragen und der Appell an das demokratische Verantwortungsbewusstsein nicht auf Europa beschränken. Denn für eine friedlichere Welt braucht es die Vereinten Nationen, eine Veränderung des Weltsicherheitsrats und insbesondere den Verzicht auf den europäisch-amerikanischen Hegemonialanspruch. Hierfür kann ein Bekenntnis zu einer europäischen Wertegemeinschaft und Wille zur Verantwortung nur ein Anfang sein. Udo Fleige, Luna Kasandra Harms, Hauke Pockrandt

4 ...weil wir mit unserer Social-Media-Nutzung zu Kriegsdynamiken beitragen

Dass Propaganda ein wichtiges Mittel in einem Krieg ist, ist nichts Neues. Dass wir alle live von unseren Handys am Kriegsgeschehen teilnehmen, schon. Die Medien werden dadurch noch stärker selbst zu Kriegakteuren. Sie schaffen sich ihr eigenes Netzwerk, dadurch verschieben sich die Dynamiken, Krieg findet jetzt auch online und in Echtzeit statt.

Für die Zukunft bedeutet das, dass Informationsschlachten zu nehmen werden. Aber: Ob Infoposts, Storys oder Tweets – Kriegspropaganda ist als solche nicht gekennzeichnet.

Wie Nutzer:innen beeinflusst werden, geschieht aber unbewusst. Mit dem Konsum von propagandistischer Desinformation geht eine systematische Manipulation und ideologische Indoktrination einher.

Instrumentalisierung von Desinformation ist Teil der Kriegsführung. Aber werden diejenigen Nutzer:innen, die diese Inhalte weiterverbreiten, selbst zu Kriegakteuren? Das Teilen von Informationen im Netz ist nachvollziehbar: Menschen wollen dem Ohnmachtsgefühl, das politische Gewalt auslöst, entfliehen und durch das Teilen von Botschaften,

die als Videos und Kurztex te in eigenen Feed erscheinen, zur Selbstwirksamkeit wiederfinden.

Missstände, die die Gesellschaft nicht im Blick hat, finden oft erst durch Online-Aktivismus Aufmerksamkeit. Die Reichweite von Social-Media-Kanälen wird aber auch zur Verbreitung von politischen Inhalten instrumentalisiert. Auf den ersten Blick lässt sich „guter“ Aktivismus aber oft nicht von gezielter Desinformation unterscheiden. Für Nutzer:innen ist oft nicht erkennbar, was die Quellen der Informationen sind, die sie konsumieren oder gar teilen. Darüber hinaus fehlt es auch am Bewusstsein darüber, dass das ein Problem ist. Politische Gruppen, vom Verschwörungstheoretiker bis zum Präsidenten, nutzen Falschmeldungen, Halbwahrheiten oder aus dem Zusammenhang gerissene Informationen, um ihre Ideologien zu verbreiten und ihre Entscheidungen zu legitimieren.

Durch die Flut an Informationen über Kriege und das von ihnen verursachte Leid, haben viele das Bedürfnis zu helfen und sich zu beteiligen. Am häufigsten genutzt werden hierfür soziale Netzwerke wie Instagram oder Twitter. Das kann problematisch sein, denn die Möglichkeiten des Aus-

tauschs in den Netzwerken sind begrenzt. Algorithmen sind nicht dazu ausgelegt, Nutzer:innen mit andersdenkenden Nutzer:innen zu verbinden, sondern erstellen jeder Person ihre persönliche „Blase“

Daraus entsteht ein Gefühl der Bestätigung und ein Meinungsbild, das eine scheinbare Realität konstruiert, die es so aber nicht gibt. Gelangt eine falsche Information oder eine bloße Behauptung in diese Blase, wird diese, gerade weil sie kontrovers ist, meist schneller als anerkannte seriöse Fakten gewertet.

Aktivismus im Netz stillt zwar unmittelbar das Verlangen nach Partizipation, ist aber weniger wirkungsvoll. Viele beteiligen sich nicht mehr an im realen Raum stattfindenden Diskussionen oder gehen zu Demonstrationen. Menschen, die sich mit Netzaktivismus zufrieden geben, streben dadurch keinen Ort für kritische Diskussionen an.

Aber: Dieser kritische Blick auf Aktivismus in den sozialen Medien ist eine sehr privilegierte Sichtweise. In vielen Regionen der Welt ist das Internet ein entscheidendes Medium, um frei, anonym und sicher die eigene Meinung äußern zu können.

Wie lässt sich das Dilemma zwischen der Aufrechterhaltung der Informationsfreiheit und dem Schutz vor Informationsmissbrauch lösen? Brauchen wir mehr Regulierungen oder haben wir es individuell in der Hand, wie wir mit Medien umgehen? Aufklärende Artikel von der Bundeszentrale für politische Bildung existieren bereits, selbst die „Sendung mit der Maus“ hat sich dem Thema gewidmet. Doch das ist nicht genug. Medienkompetenz erlernt sich nicht über Nacht. Wir brauchen breit gefächerte und medienübergreifende Investitionen in Bildung und Aufklärung, die bereits im Kindesalter anfangen, wie zum Beispiel, dass das Thema im Lehrplan integriert wird.

Letztendlich liegt es jedoch auch an uns, was wir konsumieren und wie wir uns engagieren. Dass uns so viele Informationen zur Verfügung stehen, ist auch eine Chance. Hinterfragt die Quellen. Nutzt die Möglichkeit der sozialen Medien zum Netzwerken und macht auf Missstände aufmerksam, die wenig Beachtung finden. Werdet nicht Teil der Kriegspropaganda.

Sedra Alshehabi, Raze Baziani, Sami Djellab, Brenda Kusi-Appiah, Melanie Swiontek Brzezinski

5...weil Bürger*innen echte Beteiligung zusteht

In Windpark mit 55 Windrädern außerhalb des Zentrums, der etwa 65.000 Haushalte mit Strom versorgt. Eine Biogasanlage, die die Wärmeversorgung sichert. Feste Strompreise von nur 16,6 Cent pro Kilowattstunde – die meisten Deutschen zahlen fast das Doppelte. Utopie oder Realität?

Der Ort Feldheim in Brandenburg zeigt, dass es möglich ist, sich unabhängig von Öl-, Kohle- und Gaskonzernen mit Energie zu versorgen. Die Feldheimer*innen leben in einem komplett energieautarken Dorf. Ausschließlich erneuerbare Energien sorgen für Strom und Heizung, hauptsächlich dank ihrer Photovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen. Eine große Batterie speichert die überschüssige Energie und sichert so eine konstante Stromversorgung. Die Wärmeversorgung wird in Spitzenzeiten durch eine sogenannte Holzackschnitzelheizung garantiert. Seitdem sich der Ort mit erneuerbaren Energien versorgt, gab es noch nie einen Stromausfall. Dieses Konzept begeistert nicht nur die Bewohner*innen Feldheims, sondern zieht sogar viele interessierte Touristinnen an.

Feldheim ist ein Zukunfts-ort. Er zeigt, wie die Energiewende in Deutschland möglich

ist. Doch die Realität sieht leider noch immer anders aus: Im Jahr 2021 verfehlte die Bundesregierung erneut ihre Klimaschutzziele. Verantwortlich dafür sind eine Erholung der Wirtschaft nach Corona, ein Rückgang der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und ein stark gestiegener Erdgaspreis. In nahezu allen Sektoren sind die Treibhausgasemissionen angestiegen. Hinzu kommt: Der fehlende weitere Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren hat dafür gesorgt, dass der nun wieder erhöhte Energieverbrauch vollständig durch konventionelle Energieträger gedeckt werden muss. Und so entstand der Eindruck, dass der Energiebedarf der Bundesrepublik nie vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden könnte.

Doch verschiedene Studien renommierter Institute bestätigen, dass eine komplette Energiewende, eine Versorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien möglich ist. Beispiele wie Feldheim zeigen, dass die Menschen bereit zu den notwendigen Veränderungen sind, wenn sie mitgenommen und beteiligt werden. Und von den Vorteilen der Energiewende direkt profitieren.

Warum also folgen nicht mehr Bürger*innen diesem Beispiel?

Warum gibt es nicht schon viel mehr solcher Zukunftsorte in Deutschland?

Dass nicht nur die Menschen in ländlichen Regionen wie Feldheim bereit für die Energiewende sind, zeigen die Empfehlungen des Bürger*innenrats Klima auf Bundesebene und des Berliner Bürger*innenrats. In beiden Gremien sprachen sich die teilnehmenden Menschen für einen schnellen klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung aus. Als wichtige Stellschrauben nennen Expert*innen Flächenvorgaben und finanzielle Förderungen:

- den massiven Abbau bürokratischer Hürden,
- Mieterstrom-, Genossenschafts- und Balkonanlagenkonzepte,
- öffentlich geförderte Weiterbildungs- und Ausbildungsöffensiven für die Bereiche der erneuerbaren Energien.

Die Bereitschaft der betroffenen Menschen für die notwendigen Veränderungen steigt, wenn sie mitgestalten und finanziell profitieren können. So würde die Energiewende in jedem Haus, in jedem Dorf und jeder Stadt mitgetragen. Ein ganzes Land voller Zukunftsorte wäre möglich – und Deutschland wäre möglich – und Deutschland Vorreiter der dezentralen Energiewende.

Janne Köder, Olivia Huckschlag, Denise Ney

6...weil Deutschland seit 1750 mehr Emissionen verursacht hat als Afrika und Südamerika zusammen

Unsere Forderung

Die historischen Emissionen des Globalen Nordens sind um ein Vielfaches höher als die des Südens. Deutschland allein hat seit 1750 mehr Emissionen verursacht als Afrika und Südamerika zusammen. Die USA verantwortet circa ein Viertel der globalen historischen Emissionen und das mit nur fünf Prozent der Weltbevölkerung! Betrachtet man die jährlichen Emissionen, stoßen die Länder des Globalen Südens heutzutage zwei Drittel aus. Damit versuchen sie, den wirtschaftlichen Nachteil, der durch die Kolonialgeschichte entstand, aufzuholen. Deshalb muss der Globale Norden aufgrund seiner kolonialen Geschichte, aber auch im Interesse der CO₂-Reduktion, dem Globalen Süden Hilfestellung leisten.

Die versprochenen 100 Milliarden US-Dollar sind ein Anfang, obwohl diese laut dem Thinktank Climate Action Tracker bei weitem nicht ausreichen. Zudem wird selbst diese geringe Summe nicht vollständig ausgezahlt. Außerdem kommt laut der NGO Oxfam auch nur ein Bruchteil der Summen tatsächlich an. Mit der Forderung „Show us the money“ (Zeigt uns das Geld) erinnern die Klimaaktivist*innen des Rise-Up-Netzwerks aus Uganda an die Verantwortung des Globalen Nordens für die Klimakrise und rufen zur Solidarität auf. Wir fordern, dass die Bundesregierung die versprochenen, jährlichen sechs Milliarden für Klimaschutz in betroffenen Ländern uneingeschränkt und transparent finanziert. Gerechter wäre noch mehr.

Lea Eder, Jakob Habsburg

Lexikon Klimagerechtigkeit

Globaler Süden/Norden

Länder des Globalen Südens wurden oft durch Kolonialismus ausgebeutet und sind bis heute dadurch gesellschaftlich, politisch und ökonomisch benachteiligt. Länder des Globalen Nordens profitieren hingegen bis heute von der Ausbeutung und sind dadurch besser gestellt. Bei den Begriffen geht es allerdings nicht ausschließlich um die geografische Lage der Länder. Australien zählt als ein geografisch südlich gelegenes Land zum Globalen Norden.

Historische Verantwortung

Die historische Verantwortung des Globalen Nordens gegenüber dem Süden, basiert auf der Ausbeutung des Südens in der Kolonialgeschichte. In der Klimakrise bezieht sich die Verantwortung auf die historisch deutlich höheren Emissionen des Globalen Nordens durch die Industrialisierung. Dadurch trägt der Globale Norden die Verantwortung für den größten Teil der Klimakrise und ih-

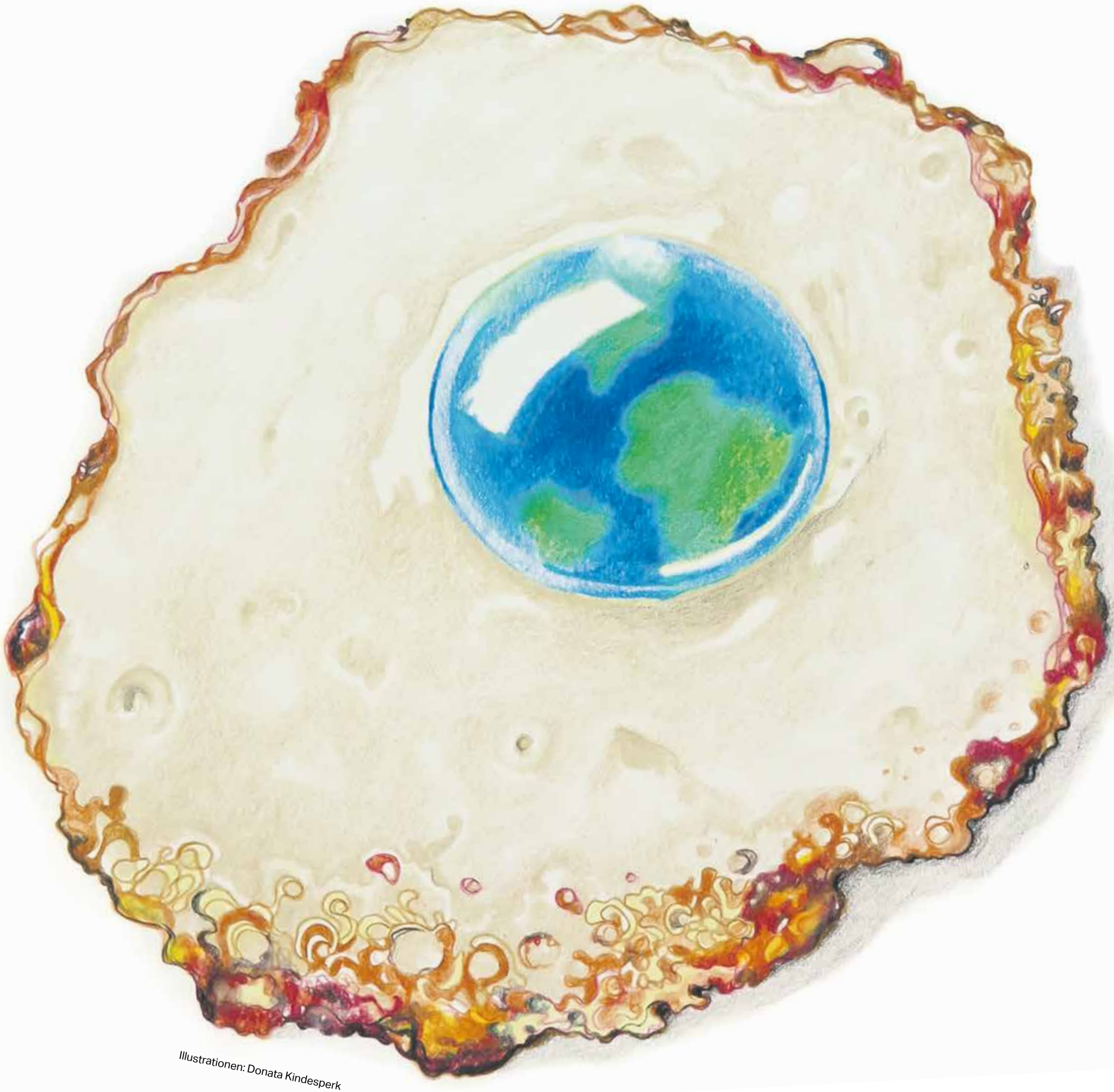
rer Folgen. Daraus leitet sich die Forderung ab, dass wir auch die Kosten für die Folgen der Klimakrise tragen, die überproportional vom Globalen Süden erlitten werden. Außerdem soll der Globale Norden bei einer Entwicklung zu einer klimafreundlichen Wirtschaft Unterstützung leisten und dadurch dem Globalen Süden helfen, den klimaschädlichen Schritt der Industrialisierung zu überspringen.

MAPA

Der Begriff „Most affected People and Areas“ (MAPA) bezieht sich auf die Menschen und Gegenden der Erde, die am schlimmsten unter der Klimakatastrophe leiden. Dabei spielt auch das Konzept der Intersektionalität eine wichtige Rolle – also die Tatsache, dass bestimmte marginalisierte Gruppen stärker unter den Folgen der Klimakatastrophe leiden als die Mehrheit. In den seltensten Fällen sind die MAPA jedoch selbst für die Emissionen verantwortlich, deren Folgen sie ertragen müssen. Der historisch größte Verursacher ist nachweislich der Globale Norden.

Show us the Money

Slogan der internationalen Klimabewegung (insbesondere der Fridays For Future), verbunden mit der Forderung: Der Globale Norden muss seiner historischen Verantwortung gerecht werden und Klimaschutz in den Ländern des Globalen Südens (die heute einen Großteil der weltweiten Emissionen ausstoßen) finanzieren. Dadurch würde nicht nur das Ausmaß der Klimakrise reduziert, sondern auch durch Klimaanpassung die Folgen gemindert werden. Zahlreiche Industrieländer haben dem Globalen Süden zwar schon ab 2020 die Zahlung von 100 Milliarden US-Dollar jährlich für diese Zwecke zugesagt, diese Versprechen jedoch nicht eingehalten. Olaf Scholz wiederholte im Juli diesen Jahres auf dem Petersberger Klimadialog die Zusage, die sogenannten Klimaschutzgelder für die betroffenen Länder bis 2025 von vier auf sechs Milliarden Euro zu erhöhen. Allerdings findet sich diese Erhöhung auch im Bundeshaushalt 2022 nicht wieder. Auch im Jahr 2023 wird der deutsche Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung voraussichtlich nicht steigen.



Illustrationen: Donata Kindesperk

8...weil RWE & Co die Energiepolitik diktieren

Auf einem Foto, das in einer ländlichen Region aufgenommen wurde, sieht man einige Häuser, die neben einem grünen Feld stehen. Unmittelbar neben den Häusern steht eine Birke, an der sich ein Buntspecht zu schaffen machen scheint. Die rurale Idylle wäre perfekt, wären da nicht die monströsen Bagger, die wenige hundert Meter entfernt an einem trostlosen Tagebau stehen. Es handelt sich um eine Aufnahme von Lützerath, ein kleiner Weiler der den Kohleschaukelradbaggern trotzt.

So erklärt es Antje Pistel, als sie das Bild Lützeraths zeigt. Bei der Initiative „alle Dörfer bleiben“ engagiert sie sich für den Erhalt ihres Dorfes im Rheinland, kämpft für einen beschleunigten Kohleausstieg. Lützerath soll wegen der darunter liegenden Kohle zerstört werden, doch Klimaaktivist*innen wie Pistel wollen das verhindern. Die Bauernhöfe, die Häuser, die Wiese und die Birken sind nun ein Symbol des Widerstandes geworden, vor allem gegen den Energiekonzern RWE.

Für die Klimaschützer*innen geht es darum, die Erderwärmung zu stoppen. Die Folgen dieser Erwärmung haben für Deutschland und die gesamte Welt fatale Folgen: Wetterextreme, Konflikte, Hunger und Ströme von Geflüchteten. Obwohl sich Deutschland zum 1,5-Grad-Ziel bekannt hat, ist sich Pistel sicher, dass „wir das verfehlen werden, wenn wir so weitermachen“.

Mit dem Pariser Weltklimavertrag wurde beschlossen, dass die Erderwärmung maximal 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter steigen sollte. „Braunkohle ist eine der CO₂-intensivsten Möglichkeiten Energie zu gewinnen“, so Pistel. Genauso wie die Aktivistin wollen andere Klimaschützer*innen den Baggern des Energiekonzerns Widerstand leisten.

Aus diesem Grund wollen sie ab dem ersten September verstärkt auf dem Weiler patrouillieren. Dann nämlich soll das Gelände für die Ausgrabungsarbeiten geräumt werden. Pistel sagt sichtlich verärgert: „RWE darf

diese Dörfer zerstören und bezahlt nichts dafür. Ich verstehe nicht, wie man solche Verträge unterschreiben kann.“ Die Hauptverantwortung dafür liegt bei der Politik, die den Tagebau in der Region genehmigt hat. Der Braunkohletagebau Garzweiler erhielt seine Genehmigung bereits im Jahr 1995.

Gesetzliche Grundlage für die Räumung des Dorfes ist das seit der NS-Zeit bestehende sogenannte Bergrecht, das die Gewinnung von Braunkohle im Tagebau erlaubt. Und so steht zu befürchten, dass RWE als dortiger Betreiber des Tagebaus das Dorf tatsächlich räumen lässt, um seine Interessen durchzusetzen. Aber „warum geht hier Bergrecht vor Menschenrecht?“ fragt Antje Pistel und ergänzt: „Die Zusammenarbeit zwischen RWE und Politik ist intensiv.“ Tatsächlich scheint die Braunkohlelobby einen großen Einfluss auf die Politik auszuüben, beispielsweise berichtete die *Welt*, dass die Braunkohlelobby am Koalitionsvertrag des Jahres 2013 mitgeschrieben haben soll.

Damit so etwas nicht mehr passiert, hat sich die damalige Bundesregierung im März 2021 auf ein „Lobbyregister“ verständigt. Bis Ende März dieses Jahres mussten sich alle Lobbyakteur*innen in einem Register eintragen – Treffen mit Bundestagsabgeordneten müssen jedoch bis heute nicht offiziell angegeben werden. Die Ampelregierung hat zwar versprochen, dass der Einfluss Dritter auf die Gesetzentwürfe der Bundesregierung oder aus dem Bundestag künftig offengelegt werden muss. Dieses Versprechen, auch Legislativer Fußabdruck genannt, wurde aber bislang noch nicht umgesetzt.

Die Verquickung politischer Akteur*innen und Lobbyist*innen ist nicht transparent. Die Bundesregierung kann sich also nicht wundern, wenn Aktivist*innen wie Pistel RWE und politischen Akteur*innen ein „Verbandeln“ unterstellen. Wir fordern das Verbot von klimaschädlichen Lobbyismus – auch damit Dörfer wie Lützerath bleiben. *Atahan Demirel, Klaus Kreutzer, Alfred Heinrich*

7...weil langfristige Lösungen für alle profitabler sind

Der Mensch ist ein *homo oeconomicus*. Stets strebt er nach dem größtmöglichen Nutzen. Seine Entscheidungen trifft er rein rational, in vollständiger Kenntnis seiner wirtschaftlichen Entscheidungsmöglichkeiten und deren Folgen. So wird es zumindest in den Wirtschaftswissenschaften noch immer gelehrt – nur gelebt wird es nicht.

Wäre der Mensch tatsächlich ein „Nutzenmaximierer“, wie er im Lehrbuch steht, weshalb würde er dann die Welt, und sich gleich mit, zugrunde richten? Der Ökozid oder die Abschaffung des Menschen, sie passt so gar nicht in das Bild des *homo oeconomicus*. Denn trübe dieser tatsächlich rein rationale Entscheidungen, wäre er dann nicht längst auf die Idee gekommen, nachhaltig zu leben? Profitabler und effizienter wäre das, denn Fakt ist: Klimaschutz wird immer teurer, je länger wir ihn hinauszögern.

6,6 Milliarden Euro kostet der Klimawandel uns in Deutschland bereits jetzt – jährlich. Dennoch wird weiter Raubbau an der Erde betrieben, als handele es sich um eine *Cashcow*, die es noch zu melken gilt, bevor sie dem Untergang geweiht ist. Dabei ist längst bekannt, dass die eigentlichen „Stars“ der Zukunft die erneuerbaren Energien sind – hier liegt die Zukunft. Denn diese Ressourcen sind nahezu unbegrenzt verfügbar und erneuern sich zudem selbst. Was hier zu holen ist, dürfte doch allen klar sein: Innovationseffekte, Arbeitsplätze, Gewinnmaximierung durch steigende Effizienz und zusätzliche Exportpotenziale. Und ganz nebenbei werden auch noch die Klimaziele erreicht. Ein klares Win-Win.

Liebe Bundesregierung, warum also nicht Anreize schaffen für hoch motivierte Nutzenmaximierer? Eine Politik, die weiterhin unprofitables, weil nicht nachhaltiges Handeln belohnt, vermittelt wenig Zukunftshoffnung. Was es hingegen bedarf, sind Maßnahmen, die Klimaschutz fördern – und damit sowohl Effizienz als auch Nutzen optimieren. Sind für die Erneuerbaren erst einmal sichere Investitionsmöglichkeiten, klare Nutzungsvorgaben, Quoten und Grenzwerte geschaffen, regelt der Markt den Rest von ganz allein.

Und warum nicht mit den Stabilitätsreserven des Emmisionshandels spielen? Schon eine kleine Verknappung des Angebots könnte den Preis nach oben treiben – und besonders innovative Unternehmen würden profitieren. Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands, der Maßstab aller Dinge, es könnte durch einen ambitionierten Klimaschutz bis 2030 um satte 30 Milliarden Euro wachsen. Ganz zu schweigen von den Kosten, die dadurch eingespart würden, wenn die Folgen der Erderwärmung, wie Dürren oder Überschwemmungen, verhindert werden können.

Angeichts all der Chancen, die im Klimaschutz und insbesondere der Energiewende liegen, fragt man sich, weshalb die Politik es nicht schafft, diese Gestaltungspotenziale auszuschöpfen. Angenommen, der Mensch ist wirklich ein *homo oeconomicus*, wäre es nur konsequent, ihn durch politische Maßnahmen darin zu unterstützen, effizienter, nachhaltiger und damit gewinnbringender zu handeln. Der Vorteil darin bestünde auch, dass er mit dieser Strategie wohl überleben würde. *Raphaela Edler, Marilena Berends, Rafid Kabir*

9 ...weil wir ihrer Verschwendung entgegenwirken müssen

Es ist 8.23 Uhr. Joachim erwacht inmitten des Görlitzer Parks, auf einer Parkbank. Es ist ein sonniger Sonntag und, die Bank, auf der er die letzte Nacht verbracht hatte, könnte unbequemer sein. Er hat bereits mehrere Male hier geschlafen, seine Angst beraubt zu werden, ist nach acht Jahren Obdachlosigkeit nicht mehr so groß wie am Anfang, viel besitzt er sowieso nicht.

Um ihn herum laufen bereits mehrere Jogger:innen und Menschen, die mit ihren gepflegt aussehenden Hunden Gassi gehen. Was er nur in diesem Moment für eine Dusche tun würde; ach, naja, egal.

Seine letzte Mahlzeit hat er gestern Nachmittag zu sich genommen. Das belegte Brötchen hatte ihm eine Frau mit Kinderwagen im Vorbeigehen in die Hand gedrückt.

Allein in Deutschland werden jährlich rund 18 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeschmissen, während Joachim und viele andere Menschen hun-

gern. Gestern Abend lief er noch an einem bereits geschlossenen Café vorbei, welches seit einer Viertelstunde geschlossen hatte und trotzdem sah er noch haufenweise Gebäck durch das polierte Schaufenster.

Die platinblonde Mitarbeiterin erschien, kurz nachdem Joachim an die Scheibe geklopft hatte. Hungrig und aufgelöst fragte er sie, was mit den übrig gebliebenen Backwaren passiere, worauf er lediglich eine trockene Antwort erhielt. „Dit müssen wa alles entsorgen.“

In Supermärkten und auch in der Gastronomie werden täglich Lebensmittel weggeworfen, die nicht verkauft werden konnten. Manche Cafés oder Restaurants spenden Reste an die Hilfsorganisation Tafel oder andere Einrichtungen, die bedürftigen Menschen und Tieren helfen. Jedoch ist die Zahl an verschwendeten Lebensmitteln immer noch erschreckend hoch.

Während Joachim und viele andere hungernde Menschen für das Suchen

nach Nahrung kriminalisiert werden, gehört es für andere zum Alltag dazu, die Reste ihres vielfältigen 14-Euro-Frühstücks der nächsten Kellner:in in die Hand zu drücken.

Aktuell ist die Aneignung von entsorgten Lebensmitteln durch gastronomische Einrichtungen oder Supermärkte aus hygienischen Gründen untersagt.

Im Februar 2019 wurden zwei Student:innen für das Durchsuchen von Müllcontainern wegen Diebstahls schuldig gesprochen und zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Dieses kontroverse Thema wurde daraufhin stark und scharf diskutiert. Aber an der Rechtslage hat sich immer noch nichts verändert.

Die aktuelle Gesetzgebung verhindert die Versorgung von sechs Millionen hungernden Menschen in Deutschland (Stand 2020). Und das, obwohl mehr als genug Nahrung für alle Menschen auf dieser Welt vorhanden ist.

Jakob Heitmann

10 ...weil es längst Zeit für eine solidarische und ökologische Umverteilung ist

Im Kontext der Nachhaltigkeit bewegen sich Debatten häufig zwischen Greta Thunberg und “Meine Oma ist ’ne alte Umwelt-sau”: ein Generationskonflikt, der seine Relevanz verliert, wenn Superreiche *fucking egoman* leben. Als jüngste Self-Made-Billionärin bevorzugt Kylie Jenner eine 17-minütige Tour mit ihrem Privatjet statt einer Autofahrt von 40 Minuten. Welche Bedeutung hat das Konsumverhalten von Otto Normalverbraucher*in, wenn nach einer Oxfam-Studie die reichsten ein Prozent der Globalbevölkerung doppelt so viele CO₂-Emissionen verursachen wie die ärmere Hälfte?

Der Kapitalismus benötigt unendliches Wachstum in einer Welt mit endlichen Ressourcen. Das geht nicht auf. Mit Blick auf die Klimakatastrophe müssen wir alle nachhaltiger konsumieren. Wer in prekären Verhältnissen lebt, hat weder Zeit noch Geld dafür. Gleichzeitig weigern sich Superreiche wie Kylie Jenner, ihr Verhalten zu verändern. Neben Privatpersonen sind es auch Unternehmen, die sich der Verantwortung entziehen: Im Jahr 2014 bezahlte Elon Musk als der reichste Mensch der Welt läppische 3,3 Prozent Steuern. Jeff Bezos nur 0,9 Prozent. Läuft diese Debatte nicht Gefahr, eine klassistische Verschiebung mit sich zu bringen? Es sind eben Kylie, Elon und Jeff die Umweltsäue, nicht Oma oder Otto. Lasst uns auf das schauen, was sie verbrauchen, aber nicht brauchen: Luxusgüter.

Ist Luxus nicht subjektiv? Der Soziologe Werner Sombart hat schon Anfang des 20. Jahrhunderts geschrieben, Luxus sei “jeder Aufwand, der über das Notwendige hinausgeht”. Noch genauer erkennt man protzigen Konsum an der Zweckmäßigkeit der Produkte. Ein Auto auf dem Land erfüllt eine klare Funktion – Mobilität! Ein teures Auto in der Stadt (oder der Privatjet) schießen weit über den Zweck hinaus. Sie verbrauchen übermäßig viele oder wertvolle Ressourcen, die anderswo benötigt werden – Stichwort Umverteilung.

Der Konsum von Luxusgütern zerstört maßgeblich unseren Planeten. *On top* ist er auch alles an-

dere als notwendig oder zweckmäßig – während andere nicht mal Grundbedürfnisse erfüllen können. Es handelt sich um ein ökologisches und soziales Problem. Wir fordern für unseren Planeten und prekär lebende Menschen, dass Luxus radikal neu besteuert wird.

Um Reiche zur Kasse zu bitten, werden in Deutschland bereits Umverteilungsmodelle diskutiert. Auf Konzepte wie Vermögens- oder Erbschaftsteuer, Übergewinn- oder CO₂-Steuer reagieren viele empfindlich. Gerade jetzt kommen mehrere Krisen zusammen, so dass die Existenz von Millionen Deutschen aufgrund steigender Kosten für Lebensmittel, Benzin, Wohnraum und Energie akut bedroht ist. Während bei Christian Lindners Hochzeit auf Sylt Luxus vorgeführt wird und Privatjets für wenige Gäst:innen bereitstehen, ist der Bedarf an einer radikalen Umverteilung von Steuern zugunsten der Gemeinschaft akuter denn je. Christian, blech für Solidarität!

In China dient die hohe Besteuerung von Luxusprodukten der Regierung bereits als wichtige Einnahmequelle, die sich jährlich im dreistelligen Milliardenbereich bewegt. Dabei werden verschiedene Beträge an Mehrwert-, Einfuhr- und Verbrauchersteuern für beispielsweise hochwertige Kosmetikprodukte erhoben. Auch in Österreich regelt die Normverbrauchsabgabe einen entsprechenden Steuersatz, der für Neuwagen bei einem Kaufpreis ab 10.000 Euro wirkt, und in Dänemark fallen luxuriöse Immobilien, Schmuck oder Alkohol unter die Luxussteuer.

Wenn Superreiche auf ihren klimaschädlichen Konsum nicht verzichten möchten, sollten sie sowohl aus ökologischer wie sozialer Solidarität draufzahlen. Mit den Einnahmen könnte man regionale und saisonale Lebensmittel billiger oder das 9-Euro-Ticket zum Standard machen.

Ein solidarisches Steuersystem ist auch in Deutschland nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig. Wir schauen auf die Ampel und fragen uns: Wann geht’s los?

Lea Rump, Pinar Doğantekin

11 ...weil wir unseren immateriellen Konsum bewusst gestalten sollten

Seit Jahren kursiert eine Zahl durch die mediale Landschaft, die uns Deutschen attestiert, dass wir im Durchschnitt etwa 10.000 Gegenstände besitzen. Wie viel Dinge uns konkret und individuell gehören, bleibt vorerst ein Mysterium. Allerdings geht aus den Daten des Statistischen Bundesamtes hervor, dass 98 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland mindestens über ein eigenes Mobiltelefon verfügen.

Für den Großteil der Bevölkerung gehört das Handy zu einem der Produkte, die wir haptisch noch greifen können. Damit wir dieses kleine, technische Gerät in den Händen halten können, fallen bei der Herstellung eines gewöhnlichen Smartphones, laut einer Studie des schwedischen Abfallwirtschafts- und Recyclingverbandes Avfall Sverige, 86 Kilogramm Abfall an.

Doch kann dieses Gerät eigentlich als einzelner Gegenstand betrachtet werden? Sobald wir unsere schwarzen Displays entsperren, springen uns adhoc verschiedene Apps und Services ins Auge, die wir unmittelbar besitzen. Diese Dienste wie Netflix, Youtube oder Twitch konsumieren wir täglich, ohne dass uns die konkreten Auswirkungen auf die Umwelt bewusst sind.

2019 wurde eine Studie des französischen Thinktanks Shift Project veröffentlicht, nach der beim globalen Videokonsum im Internet mehr als 300 Mil-

lionen Tonnen CO₂-Äquivalente verursacht werden. Da konkrete Zahlen schwer zu erheben sind und meist auf Schätzungen beruhen, beauftragte das Umweltbundesamt Forscher:innen mit einer Untersuchung zu dieser Thematik. Sie kam zu dem Ergebnis, dass vor allem die Transfer-technologie, wie Daten von Rechenzentren zu Nutzer:innen übertragen werden, eine entscheidende Rolle für die Klimaverträglichkeit von Cloud-Diensten spielt.

So bedeutet die Verschiebung unserer Konsumwelt von analog nach digital vor allem eins: Es werden weiterhin Ressourcen benötigt. So sollte nicht allein die Berechnung von Gesamt-CO₂-Verbräuchen darüber entscheiden, ob ein Service sinnvoll ist oder nicht.

Bei der Erstellung von digitalen Produkten und Services ist Voraussetzung, dass mindestens eine klar benennbare Nutzergruppe direkt von einer durchdachten Lösung profitiert. Zum Beispiel wird die Regenradar-App von Seglern, der Bergrettung oder auch Touristen gleichermaßen genutzt, um eine stabile Wetterprognose zu erhalten. Die digitale Patientenakte wiederum unterstützt Behandelnnde wie Ärzt:innen, Krankenpfleger:innen, Physiotherapeut:innen sowie auch Patient:innen.

Das heißt: Konkrete, langfristige Anwendungsfälle sowie die Anzahl der Nutzer:innen sind ein erstes Indiz, ob eine digitale Produktentwicklung nachhaltig

ist. Aufschluss darüber gibt dem Produzenten eine möglichst frühe Befragung und Vertestung von Software-Ideen mit den adressierten Nutzer:innen. Größter Anreiz sollte dabei sein, dass Software anders als Hardware ständig angepasst werden kann. Kurze, schnelle Entwicklungszyklen stehen langen, teuren Herstellungsprozessen gegenüber. Unternehmen könnten bewusst früh Fehler in Kauf nehmen und Entwicklungen stoppen, bei denen kein Mehrwert bei der Nutzung nachgewiesen werden kann. Klimaneutrales Datenhosting, Möglichkeiten für Wartung und Reparatur von Zugangsgeräten und Datenschutz bleiben weiterhin Kernthemen.

Es gelten andere Parameter für die digitale Produktentwicklung als für die analoge. So scheint, dass zu viel Datenproduktion uns in der realen Welt zum Verhängnis werden könnte.

Leider entscheidet in der Realität noch oft die Technologie-Verliebtheit über Neues. Die Methode „Technologie sucht Nutzer“ lässt digitale Umgebungen wie das Metaverse entstehen und führt unsere Gesellschaft zu neuen postmaterialistischen Fragen. Auf einmal ist die Autonomie der Nutzer:innen und die haptische Erfahrbarkeit von Dingen komplett ausgehebelt. Die Welt wird zu einem reinen Abbild, erlebbar durch Hilfsmittel wie VR-Brillen und Handschuhe. Bleibt die Frage: Können wir die Dinge noch fühlen, die wir besitzen?

Ulrike Mascherek, Salih Kusini



Illustrationen: Donata Kindsperk

12...weil alle wissen, dass wir das wenigste davon wirklich brauchen

Weil ich weiß, dass die Waren, die ich kaufe, viel zu oft in Plastik verpackt sind, versuche ich, den Verpackungsmüll, so gut es geht, zu vermeiden. Es wird eine zweite Verwendung für die Speiseeischalen gefunden, die Kunststoffverpackung des Toilettenpapiers wird als Mülltüte verwendet und die Farbkübel dienen noch jahrelang als Putzeimer.

Weil ich es selbst gesehen habe, dass unzählige Plastikteile im Fangnetz eines Nordseefischers aus dem Wasser geholt werden, weiß ich, dass im Abfall viel Kunststoff in den Gewässern landet, nicht abgebaut werden kann und die Meerestiere daran verenden. Dieses Erlebnis hat unsere ganze Familie geprägt, wir sind zu fünf. Niemand in dieser Familie geht sorglos mit Neukäufen, der Art der Verpackung und dem Wegwerfen nach kurzer Nutzungsdauer um. Auch die Jüngste unter uns kann mit ihren sechs Jahren verstehen, warum umsatzstarke Branchen die Werbung dominieren, dies zu höherem Konsum führt und dass deswegen dafür gesorgt wer-

den muss, dass nachhaltige Projekte und Produkte durch die 20-Prozent-Regelung bekannt werden.

Weil ich es gut machen will, erziehe ich unsere Kinder zu umsichtigen Menschen.

Ich versuche, so gut es geht, Lebensmittel zu kaufen, die nicht menschliches oder tierisches Leid verursacht haben, die saisonal sind und nicht um die halbe Welt zu uns gebracht wurden. Unsere Kleidung soll eine gute Qualität haben und wird viele Male weitervererbt, an Verwandte und Freunde mit kleineren Kindern, an Freundinnen mit Kleidergrößen, die ich mal hatte. Wenn es keiner braucht, bringe ich Kinderwagen, Inliner und Kleidung zum DRK-Laden. Pappkartons und Obstkisten aus Holz verbrennen wir im Ofen. Überhaupt werden nur die Räume geheizt, in denen wir uns tagsüber aufhalten. „Mach das Licht aus“ gehört seit meinen Kindertagen zum Familiengespräch wie „bitte“ und „danke“.

Weil ich weiß, dass das alles nicht reichen wird, bin ich frustriert.

Weil eine Ausgrenzung von Men-

schen stattfindet, die nicht bewusst nachhaltig leben, bin ich alarmiert. Die Menschen vertragen gegenwärtig keine weitere Spaltung mehr.

Weil immer jemand anderes weiß, dass das Gütesiegel für Lachs/Eier/Bio-Obst doch nicht hält, was es verspricht, bin ich resigniert.

Weil ich nirgends so viele Einwegkaffeebecher und Kunststoffteller sehe, wie in den Händen der Großstädter, von denen die Konsumkritik, der Klimaaktivismus und der Aufruf zum Verzicht kommen, bin ich genervt.

Weil bekannt wird, dass die Abfallwirtschaft ein großer Betrug ist und ich mir nicht vormachen soll, dass die Mülltrennung zu irgendetwas Gutem führt, bin ich desillusioniert.

Wenn die wirklich gute, tolle und wirksame 20-Prozent-Forderung real geworden ist, wird jemand herausfinden, dass die nachhaltigen Projekte, die diese Kapazität nutzen, auch wieder nur Greenwashing und Etikettenschwindel betrieben haben.

Die Regierung eines Landes, dessen Bürger:innen eingeredet wurde, sie

hätten als Verbraucher:innen selbst die Macht, den Markt zu steuern und durch ihre Kaufentscheidung zu beeinflussen, was produziert wird und wie, die ist fein raus. Wenn diese Regierung will, dass ich mich um meine Arbeit, meine Kinder und auch noch ein bisschen um die demokratische Partizipation als Bürgerin kümmere, soll sie damit aufhören, mir die Pseudoverantwortung für Klima und Konsum rüberzuschieben. Ab morgen soll sie sich darum kümmern, dass der irre Verpackungsmüll verboten wird (wer schon einmal ein Haus gebaut hat, weiß, wie ungebremst bei Baumaterialien Folie verschwendet wird). Sie soll sicherstellen, dass die Abfallwirtschaft zumindest bundesweit funktioniert und verlässlich das tut, was sie soll. Kinder sollen heranwachsen mit einem Gespür für einen nachhaltigen Lebensstil, sie sollen wissen, dass nicht immer mehr Besitz glücklicher macht. Aber: Sie sollten nicht weiterhin Opfer der Verschiebung von Verantwortung an die Einzelnen sein. Die Regierung hat dafür zu sorgen, dass im Super-

marktregal Qualitätslebensmittel stehen, hinsichtlich Produktionsbedingungen, Tierwohl und Klima. Gütesiegel gibt es nicht mehr, denn es gibt nur noch gute Lebensmittel.

Elektrogeräte sind von hochwertiger Machart und können sogar repariert werden. Bei der Anschaffung kann der Staat finanziell unterstützen – es wird sich lohnen. Die produzierten Gegenstände, vom Schirm bis zum Regal, müssen aus Materialien sein, die in der Kreislaufwirtschaft als Wertstoff eingesetzt werden können.

Seit der Zeitenwende und den Beschlüssen zu Rüstung und Energie kann niemand mehr sagen, dass unsere Regierung nicht die Kompetenz besitzt, grundlegende Entscheidungen zu treffen.

Ich will, dass der Tag beginnt in einem Land, in dem die Entscheidungen beim Einkaufen immer richtig sind. Die 20-Prozent-Werbung für nachhaltige Projekte wird uns rückblickend daran erinnern, wie es mal war. Und wir werden es kaum glauben können.

Sonja Bauer

„Was denkst du, wie das weitergeht?“

Dietrich Zeidler und Michael Eder sind der älteste und der jüngste Teilnehmer des taz Sommercamps. Sie unterhalten sich über Krieg, Klimakrise und wie es eigentlich ist, 13 und fast 80 zu sein

Dietrich: Michael, du bist 13, ich fast 80. Im Sommercamp hast du dich für das Thema Krieg entschieden, ich für Klimawandel. Warum hast du das Thema gewählt?

Michael: Ich habe das Thema auch gewählt, weil meine Großtante vor Krieg flüchten musste. In der Familie haben wir letzstens ein Tagebuch von ihr gelesen. Das hat mich sehr berührt und ich höre ja jetzt ständig vom Ukraine-Russland-Krieg. Wie alt warst du, als deine Familie auf der Flucht war, Dieter?

Dietrich: Ich war drei Jahre alt, als meine Mutter mit uns fünf Kindern geflohen ist. Als der Ukraine der Krieg erklärt wurde, da habe ich zu Hause gesessen in einer warmen Wohnung und den ganzen Tag gefroren. Ich habe mich gefragt: Wieso frierst du? Vielleicht gibt es ja so etwas wie ein Gedächtnis im Körper, der in so einem Moment sofort anfängt, sich zu erinnern. Es war wahrscheinlich die Fluchterfahrung im Februar 1945, die meinen Körper hat frieren lassen. Ich bin aber trotzdem erstaunt, dass du dieses Thema gewählt hast.

Michael: Warum hast du dich für das Thema Klima entschieden?

Dietrich: Ich bin in einem Alter, in dem ich diese ganz hohen Temperaturen vielleicht nicht mehr erleben müssen. Ich habe auch keine Kinder. Aber es gibt eben doch die große Familie: Ich habe viele Großneffen und -nichten. Also dachte ich: Mach dich ein bisschen schlauer. Und vielleicht muss ich selber auch noch aktiver werden.

Michael: Wie war die Welt, als du 13 warst?

Dietrich: Als ich 13 war, das war 1955, gab es unter der Woche Margarine, am Sonntag

Butter. Es gab höchstens einmal in der Woche ein Fleischgericht. Ich musste die Klammotten meines Bruders auftragen. Ich war sehr stolz, als ich meine erste eigene Hose hatte. Wie stellst du dir die Welt vor, wenn Du 80 bist, Michael?

Michael: Sie wollen ja schon um 2032 rum zum Mars fliegen. Es wird viel mehr Technologie geben, fliegende Autos möglicherweise, viel mehr Luxus und sehr viel mehr Hochhäuser. Ich glaube, dass es auf der Erde sehr viel heißer sein wird. Dass es nicht mehr so viele schöne Orte auf der Erde geben wird. Und dass wir sehr viel mehr Leute auf der Erde sein werden. Was war schön

in deiner Kindheit, was hast du gerne gemacht?

Dietrich: Singen. Ich war im Knabenchor. Und ich habe als Heranwachsender Basketball gespielt. Fußball war nicht mein Ding, da hatte ich die falschen Füße. Ich habe als Hauptschullehrer unter anderem Sport unterrichtet und mit Hilfe der Schülerinnen und Schüler bis zum 55. Lebensjahr noch den Handstandüberschlag geschafft.

Michael: Redest du oft über die Flucht und den Krieg?

Dietrich: Das ist eine sehr gute Frage. Wir sind eine Generation, die nicht in der Lage war, die Eltern nach dem zu fragen, was in der Nazizeit und im Krieg passiert ist. Das war ein unausgesprochenes Tabu. Da wurde nicht geredet, wurde nicht nachgefragt.

Michael: Was findest du, hat sich an der Welt zum Guten verändert und was eher zum Schlechten?

Dietrich: Da sitzt gerade jemand vor mir, der mir das vormacht, was gut ist: du beispielsweise. Also das finde ich großartig, dass Menschen in deinem Alter und auch die Heranwachsenden so aktiv sind und so interessiert an dem, was in der Welt geschieht und was man an ihr verändern muss. Traurig bin ich darüber, wie wenig sich in diesen fast 80 Jahren in dieser Welt zum Positiven gewendet hat. Das hält sich die Waage. Was denkst du, wie das weitergehen wird in der Ukraine?

Michael: Wie kann man eigentlich so blöd sein, Unschuldige umzubringen? Ich verstehe nicht, wie man so was übers Herz bringen kann. Ich meine, so ein Putin hat ja auch ein Leben. Der muss ja wissen, der bringt gerade Tausende Unschuldige um wegen seiner Entscheidung, oder? Mit der neuen Generation wird es vielleicht

besser. Keiner will ja Krieg. Und der Putin ist auch nicht mehr der Jüngste. Hast du noch Freunde aus deiner Kindheit?

Dietrich: Ich habe Freunde, die mich seit fast 70 Jahren begleiten. Das sind wenige, weil einige schon nicht mehr leben.

Michael: Welche Tipps hast du für die jüngere Generation? Weil du ja jetzt schon viel erlebt hast.

Dietrich: Aus meiner Sicht ist ein Großteil der jungen Menschen auf dem richtigen Weg, in ihrem Leben für Verbesserungen zu sorgen. Ich würde mir nur wünschen, dass es noch viel mehr werden.



Dietrich Zeidler, 79, war Haupteschullehrer



Michael Eder, 13, geht zur Schule. Fotos: Anke P. Peters

Das war das taz Sommercamp

Hallo, ich bin 13 Jahre alt und war auf dem taz Sommercamp, um über Krieg zu reden, denn der macht mir Angst.

Ich habe einen Freund, der aus Afghanistan kommt. Er musste fliehen und sehen, wie sein Onkel vor seinen Augen erschossen wurde. Ich fand es sehr schlimm, was mein Freund mit sechs Jahren mitmachen musste. Er war alt genug, um zu denken, aber zu jung, um das richtig zu verarbeiten. Deswegen wollte ich auch mehr über Krieg lernen, der bisher immer weit weg war. Durch den Ukrainekrieg habe ich noch mehr Angst, weil ich ihn in den sozialen Medien mitbekomme.

Im Sommercamp haben wir in Gruppen zum Thema Krieg Fragen gesammelt, meine war: Wie beginnt Krieg? Wir haben viel über Waffenhandel gesprochen und was kurzfristig und langfristig unsere Ziele sind. Kurzfristig: Das Militär soll nicht 100 Milliarden bekommen, denn es sollte erst mal besser strukturiert werden. Langfristig wäre mein Traum, dass es gar keine Waffen mehr gibt.

Am zweiten Tag kam Paul von „Abolish Frontex“. Ich war erstaunt, wie schlimm Frontex bei der Abschiebung arbeitet. Ich habe gelernt, dass viele Geflüchtete alles aufgeben müssen, um zu fliehen, bei der Rückkehr ins Heimatland umgebracht werden oder bei der Abschiebung sterben. Ich fand es sehr traurig, zu lernen, dass wir die Leute, die im Krieg sind, nicht über unsere Grenzen lassen.

Ich wünsche mir für meine Zukunft, dass Menschen Streit nicht mit Krieg klären, sondern mit sozialem Handeln und Worten. Man bringt durch Krieg einfach Unschuldige um.

Vor dem Sommercamp hatte ich Angst, dass die Erwachsenen mich nicht ernst nehmen und ich nichts verstehe. Aber alle waren sehr nett zu mir, haben mit mir gesprochen – und ich verstehe eigentlich fast alles. *Michael Eder*



Foto: Anke Phoebe Peters

impressum

- Teilnehmer:innen
- Arbeitsgruppe Krieg**
- Michael Eder, Sami Djellab, Kaia Metzler, Sedra Alshehaby, Marta Zamira Ahmedov, Brenda Kusi-Appiah, Awa Amin Kayrulla, Melis Ntente, Wladimir Agafonov, Hauke Pockrandt, Raze Baziani, Luna Kassandra Harms, Eva-Maria Antz, Udo Fleige, Melanie Swiontek Brzezinski
- Arbeitsgruppe Klima**
- Dietrich Zeidler, Klaus Kreutzer, Denise Ney, Marilena Berends, Atahan Demirel, Raphaela Edler, Lea Eder, Rafid Kabir, Alfred Heinrich, Olivia Huckschlag, Janne Köder, Jakob Habsburg
- Arbeitsgruppe Konsum**
- Täby Seekamp, Matilda Bieder, Zorana Pieczewski, Nils Rudolf, Josephine Petzold, Salih Kusini, Ulrike Mascherek, Younouss Wadjinny, Sonja Bauer, Gisela Rhein, Lea Rump, Michael Klabunde, Jakob Heitmann, Pinar Doğantekin
- Gruppenleiter:innen**
- Julian Menzel, Şilan Erman, Ruben Börchers, Robin Law, Johanna Herzog, Ama-Gyaako Kagya Agyemang, Tanja Rakočević
- Redakteur:innen**
- Sabine Seifert, Ralf Pauli, Ulrich Guttmair, Tanja Tricarico, Martin Reichert
- Layout**
- Nadine Fischer
- Social Media, Bild- und Videoproduktion**
- Shayna Bhalla (Leitung), Anke Phoebe Peters, Alexander Viktorin, Aletta Lübbers, Maya Seidel, Clemens Haucap
- Illustration**
- Donata Kindesperk
- Korrektur**
- Ronny Galczynski
- Support**
- Peter Rohrmann Jr., Karla Künzel, Helena Weber, Elena Kossiva-Rapp, Nisa Eren, Jannik Hüsing
- Konzeption und Koordination**
- Luisa Faust, Ehmi Bleßmann, Céline Weimar-Dittmar, Tigran Petrosyan
- Mit einem besonderen Dank an Konny Gellenbeck, Vorstand der taz Panter Stiftung.
- Die Texte auf diesen Sonderseiten geben nicht die Meinung der taz-Redaktion wieder.

taz panterstiftung

Ja, ich mache mit!

... und unterstütze die Projekte der taz Panter Stiftung

☐ 20 €

☐ 50 €

☐ 100 €

☐ _____ €

Jede Spende ist steuerlich absetzbar.

Online spenden unter: www.taz.de/spenden

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!